



Fraktionserklärung

Zürich, 3. März 2021

Altersstrategie 2035 – ein Versprechen an die Stadtzürcher Bevölkerung

Die Altersstrategie 2035 ist ein Versprechen an die Stadtzürcher Bevölkerung. Sie verspricht Selbstbestimmung, vielfältige Angebote und ein altersfreundliches Zürich. Damit dies tatsächlich allen Zürcher*innen zugutekommt, fordert die SP verbindliche Zielvorgaben und ein Monitoring aller Massnahmen, insbesondere bei der Schaffung von Wohnraum und bei der Finanzierung von Unterstützungs- und Entlastungsleistungen.

Ein Versprechen an die Stadtzürcher Bevölkerung

Die Altersstrategie 2035 verspricht, die Selbstbestimmung des Einzelnen zu stärken und den verschiedenartigen Lebensentwürfen der Zürcher*innen Rechnung zu tragen. Sie will ein altersfreundliches Zürich – auch im Verkehr und in der Gestaltung des öffentlichen Raums. Die Strategie entwirft die Vision vielfältiger und durchlässiger Angebote, in denen alle Menschen ihren Platz finden und sich wohlfühlen können, ganz nach ihren individuellen Bedürfnissen aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation, ihres Lebensentwurfs, ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Orientierung.

Ihre Stärke misst sich am Wohl der Schwachen

In dieser vielversprechenden Vision eines altersfreundlichen Zürichs darf aber nicht vergessen gehen, um wen es hier geht. Die Menschen über 65 und erst recht die Menschen über 80 sind in ihrem Alltag oft mit zahlreichen Schwierigkeiten und Benachteiligungen konfrontiert. Viele haben gesundheitliche Probleme. Sie sind die Altersgruppe, die mit Abstand am meisten armutsgefährdet ist, insbesondere die Frauen. Altersdiskriminierung ist eine der häufigsten Formen der Diskriminierung, am offensichtlichsten zeigt sich dies bei der Wohnungssuche. Die Stadt darf sich in ihrer Altersstrategie nicht an den „silver ager“ orientieren, an den fitten und kaufkräftigen Alten, die sich zu helfen wissen. Sie muss sicherstellen, dass dieses Versprechen für alle gilt, auch für Menschen mit wenig Geld und viel Bedarf an Hilfe und Unterstützung im Alltag.

Verbindlichkeit bei den bezahlbaren Wohnungen

Um sicherzustellen, dass die Altersstrategie 2035 allen zugutekommt, braucht es für alle Massnahmen klare Ziele und Messkriterien. Am anschaulichsten zeigt sich dies im Vorhaben, mehr altersgerechten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Unser jahrelanger Kampf für mehr bezahlbare Wohnungen zeigt, wie anspruchsvoll dieses Vorhaben ist, erst recht für die Zielgruppe der älteren Menschen, die im Wohnungsmarkt systematisch benachteiligt werden. Da reicht es nicht, sich nur das Ziel zu setzen, mehr altersgerechten und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Es braucht verbindliche Zielwerte und eine realitätsbezogene Strategie, wie viele Wohnungen in welchem Zeitraum geschaffen werden und ein Monitoring, ob dieses Ziel auch erreicht wird. Diese Verbindlichkeit fordert die SP ein und verlangt mit einem Antrag eine kontinuierliche Berichterstattung über alle Ziele und Massnahmen.

Verbindlichkeit in der Finanzierung

Für die Umsetzung all dieser Pläne und Visionen bleibt der kritischste Punkt die Finanzierung. Die kantonalen Vorgaben verhindern bis heute, dass Unterstützungsleistungen beim Wohnen zu Hause im gleichen Umfang finanziert werden, wie beim Wohnen in einer Institution. Die Schliessung dieser Finanzierungslücke ist für uns als SP eine zwingende Bedingung für die Verlagerung von stationären hin zu ambulanten Angeboten. Denn sonst werden einmal mehr die Falschen die Zeche zahlen: Ältere Menschen mit tiefen Renten, namentlich Frauen, die die nötige

Betreuung und Unterstützung dann nicht bezahlen können. Und Angehörige, auch hier grösstenteils Frauen, die ältere Menschen pflegen und unterstützen und sich Entlastungsangebote nicht leisten können.

Darum reicht es nicht, neue Finanzierungsmodelle für das Wohnen mit Betreuung und für Entlastungsangebote zu prüfen oder zu pilotieren. Es braucht verbindliche Rahmenbedingungen. Bereits 2019 forderten wir in einer Motion zusammen mit der FDP, dass punktuelle Entlastungsangebote wie Tageskliniken subventioniert werden, wie dies auch bei der Kinderbetreuung der Fall ist. In unserer Begleitmotion zur Altersstrategie 2035 fordern wir heute zudem eine Rechtsgrundlage, die sicherstellt, dass die Stadt das Wohnen mit Betreuung auch für AHV-Rentner*innen mit Zusatzleistungen finanziert, wie sie das auch bei einem Heimaufenthalt macht.

Das Versprechen muss für alle gelten

Wie alle politischen Vorhaben wird sich die Altersstrategie 2035 an ihren Auswirkungen auf die Menschen messen müssen, nämlich daran, inwiefern sie gerade für die verletzlichsten unter ihnen einen Gewinn an Selbstbestimmung und Freiheit bedeutet. Entscheidend ist, ob sie es schafft, den Menschen ein freies und würdiges Altern zu ermöglichen, allen und nicht nur wenigen.

Für weitere Auskünfte:

Marion Schmid, SP Gemeinderätin, Tel. 079 601 68 01

Sofia Karakostas, SP Gemeinderätin, Tel. 079 442 30 80